

Alles für den Hugo

Caritas-Chef Hugo Fasel missbraucht den sensiblen Begriff Armut für seine eigenen Ziele. Seine 900 000 Armen gibt es nicht. Statt sich auf die wenigen tausend wirklich Bedürftigen zu konzentrieren, will er eine gesetzgeberische Grosslawine losstreuen. Von Urs Paul Engeler

Der Kampf um die Franken der Menschen weichen Herzens ist ganz hartes Business. Vor Weihnachten verglimmten auf dem Berner Bundesplatz die Billigkerzchen der Caritas fast unbemerkt neben der aufdringlichen Anti-Malaria-Show der staatlichen Radio- und TV-Sender: «Jeder Rappen zählt!» Mit Getöse, Gags und Gaukeleien, wie es die Art der Marktschreier ist, drückte Hugo Fasel, seit November 2008 Direktor der Firma Caritas, eine Woche später seine Marketing-Idee in die Medien: «Armut halbieren!» Der forsche Freiburger zielt damit nicht auf die Armut in den Ländern, wo es sie tatsächlich gibt und wo sie tötet, sondern auf die Armut in der Schweiz, wo sie zwar mit kalkulatorischen Kunstgriffen und journalistischem Kitsch herbeigeschrieben werden muss, aber offenbar mehr Betroffenheit und Spenden generiert. Mit grosser Geste läutete der Wortführer der angeblichen Legionen Abgebrannter und frühere Nationalrat der grünen Fraktion darum nicht einfach einen schlichten «Tag der Armen» oder ein «Jahr der Armut» ein, sondern nichts weniger als eine «Dekade der Armutsbekämpfung». In zehn Jahren wird der gut 54-Jährige dann auch pensioniert.

Karitatives Armutsphantom

Wirklich ernst nehmen kann Fasels Aktion niemand, der die Fakten kennt. Die Basis seiner Kampagne ist eine ganz inoffizielle Annahme. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (Skos), ein privater Verein zum weiteren Ausbau des Sozialstaats, der selbst auch vom Armutsthema profitieren möchte, will schweizweit durchsetzen, dass eine Person, die weniger als 2200 Franken pro Monat zur Verfügung hat, oder ein Paar ohne Kinder, das monatlich nicht mehr als 3550 Franken verdient, «arm» zu nennen seien. Die Caritas übernimmt diese grosszügig bemessenen Werte, kombiniert sie mit abenteuerlichen Dreisatzrechnungen und Extrapolationen, um zu zwei Behauptungen zu gelangen:

In der Schweiz lebten heute zwischen 700 000 und 900 000 Menschen unterhalb dieser «Armutsgrenze». Und, zweitens, diese Zahl nehme laufend zu. Zum Vergleich: Vor genau vier Jahren, als die Caritas ihre Armutsidee schon einmal zu lancieren und zu bewirtschaften versucht hatte, sprach und schrieb sie von einer «Million armer Menschen in der Schweiz». Caritas-Ökonom Carlo Knöpfel, der auch die jetzt stark abweichenden Zahlen verantwortet, beteuerte damals, seine Millionen-Rechnung sei «ausführlich erläutert und begründet». Einigermassen sicher ist allein, dass weder die neuen noch die alten Werte etwas mit der Realität im Lande zu tun haben.

Das karitative Armutsphantom löst sich spätestens dann in Luft auf, wenn die Schweiz, wie im bilateralen Abkommen zur internationalen Harmonisierung der Statistik vorgesehen, die Richtwerte der OECD zur Bestimmung der Armutsgrenze übernehmen wird. Der aktuelle schweizerische Wert (55,3 Prozent des mittleren Einkommens) liegt nämlich gut zehn Prozent über der restriktiveren OECD-Norm (50 Prozent des Medianeinkommens), was die Caritas zwar anmerkt, jedoch nur unkommentiert weit hinten im Kleingedruckten. Konkret bedeutet die neue Zählweise, dass die Armutsschwelle für eine Person von 2200 auf 1869 Franken und für ein Paar ohne Kinder von 3550 auf 2803 Franken sinkt. Gilt neu diese Limite, wirkt sich dies laut Bundesamt für Statistik «deutlich auf die Armutszahlen aus». Fachleute schätzen, dass rund drei Viertel der relativ reichen armen Schweizer plötzlich nicht mehr als bedürftig gelten. Fasel, der begeisterte Internationalist, hätte mit Hilfe der EU sein Ziel der Halbierung der Zahl der angeblich Notleidenden bereits mehr als übertroffen.

69 Prozent der «Armen» haben ein Auto

Noch rascher und radikaler ans Ziel gelangt der Caritas-Boss, wenn er den «Grundbedarf» oder das «unpfändbare, garantierte Existenzminimum» zum Massstab nimmt. Diese Definition, die sich auch mit der landläufigen Vorstellung von Armut deckt, wenden Konkurs- und

Betreibungsämter (Art. 93 SchKG) an, wenn sie ausstehende Forderungen eintreiben und Löhne pfänden müssen. Die SchKG-Limiten, verbindlich festgelegt durch die Konferenz der Betreibungs- und Konkursbeamten, liegen derzeit für Alleinstehende bei 1100 Franken und für ein kinderloses Paar bei 1550 Franken. Dieses Konzept wollen die Bundesstatistiker nicht einmal überschlagen. Die Konklusion ist darum zulässig: Gilt diese Grenze, dann reduziert sich die Zahl der tatsächlich Armen in der Schweiz auf einige Dutzend Tausend. Und das aufgebauschte Problem rückt in die richtigen Relationen.

Dass Hilfswerke, Sozialarbeiter, Umverteiler, Nivellierer und andere Wohlfahrtsfunktionäre mit dem Politschlagwort «Armut» mehr Missbrauch als Aufklärung betreiben, zeigt auch eine Statistik, die der Berner Professor Robert E. Leu, Autor der umfassendsten Armutsstudie, 1997 im Nachgang seiner Untersuchung veröffentlicht hatte. Der Ökonom rechnete – ohne viel Echo, versteht sich – öffentlich vor, dass 69 Prozent der statistisch «Armen» ein Auto besaßen, 91 Prozent einen Fernseher, 77 Prozent einen Foto- und immerhin 54 Prozent einen Videoapparat. Die Unterschiede zu den übrigen Haushalten (81 Prozent mit Auto, 94 Prozent mit TV-Gerät, 86 Prozent mit Fotoapparat und 60 Prozent mit Videoanlage) waren minimal. Der Verband der Arbeitgeber, damals noch nicht sozialromantisch geführt, schrieb aufgrund der zweifelsfreien Leu-Daten, dass mit dem Armutsgejammer der Linken den gutgläubigen Menschen «nichts als Märchen» aufgetischt würden.

Gut zehn Jahre später dürften noch weniger Differenzen zwischen «arm» und mittelständisch auszumachen sein. Zum einen wurde in der Zwischenzeit der Sozialstaat mit ungebremsstem Tempo ausgebaut (neue Mutterschaftsversicherung, vereinheitlichte höhere Kinder- und Familienzulagen, Milliarden zur Verbilligung der Krankenkassenprämien etc.). Die Gesamtausgaben der Sozialwerke schnellten in den letzten zwölf Jahren von rund 85 Milliarden Franken auf gegen 140 Milliarden Franken jährlich in die Höhe. Das sind bereits knapp dreissig Prozent des BIP.

Zum andern werden die Sozialpropagandisten der Skos nicht müde, immer neue Genüsse und Wünsche zum unbedingten Grundbedarf jedes menschlichen Daseins zu erklären. Als «situationsbedingte Leistungen», die öffentlich finanziert werden müssen, gelten etwa: Handy, Ferienreise, neue Turnschuhe, periodische Ummöblierung, Koran-Unterricht, Kino, Konzert, Auswärts-Essen oder selbst der Besuch der schönen Van-Gogh-Ausstellung.

Dass die Vorstellungen des Spendenvolks über die Armut nichts mit den wahren Absichten der Armutsaktivisten zu tun haben, kann man im *Tages-Anzeiger* und im Berner *Bund* nachlesen. Im Auftrag der Caritas publizierten die Zeitungen, just auf die Fasel-Aktivitäten einstimmend, eine groteske Jeremiade über eine (anonyme und unter ihrer Kapuze versteckte) «arme» Luzernerin mit Auto (Marke auch anonym), Hund, 3000 Franken Monatseinkommen, drei Söhnen (darunter zwei Lehrlinge à hundert Kilogramm). Der federführende *Tagi/Bund*-Journalist, ein Eckpfeiler der aktuellen Kampagne, wird die nächste Caritas-Tagung «Arme reiche Schweiz» vom 15. Januar offiziell mit weiteren «Armutsporträts» dieses Genres bereichern. Die gesammelten Sentimentalitäten des kombinierten Caritas-Medien-Mannes werden im «Sozialalmanach» des Unternehmens unter die Leute gebracht.

Auf diesem beachtlichen Niveau dröhnt Ex-Nationalrat Hugo Fasel aus allen Kanälen: «Von mir werden die Politiker jetzt zehn Jahre lang hören: Diese verdammte Armut in der Schweiz muss weg.» Wie er die Einkommen in der Schweiz weiter einebnen will, wird allerdings immer weniger klar, je länger und lauter er spricht. Mal masst der Direktor sich an, von allen Kantonen jedes Jahr möglichst dramatische «Armutsbereichte» einzufordern. Diese Dokumente könnten dann als Argumente für weitere Spendenaufrufe dienen.

Mal verlangt er, dass der Bund ein neues Rahmengesetz erlasse, das die Sicherung der Existenz und der Integration garantiere. Mal behauptet er genau das Gegenteil: «Wir reden nicht über Geld, wir verlangen keine neue Sozialversicherung.» Dann will er, dass – im krassen Widerspruch zu den bilateralen Verträgen – die überhöhten Skos-Richtlinien in der Schweiz zur offiziellen Armutsnorm erklärt werden. Dann verlangt er, als ob es nicht schon genug Schulen aller Arten gäbe, mehr Bildung für jeden. Schliesslich sollen Bund und Kantone sogar seine merkwürdigen «Sozialfirmen» finanzieren, in denen unqualifizierte Ausgesteuerte nicht nachgefragte Tätigkeiten ausüben – mit dem Hauptziel, sich durch den Aufenthalt in den

geschützten Schein-Werkstätten immer wieder neue Anrechte auf Bezüge aus der Arbeitslosenkasse zu verschaffen.

31 neue Forderungen an den Staat

Statt sich, unspektakulär, aber effektiv, auf die wenigen tausend Menschen zu konzentrieren, die wirklich bedürftig sind, wollen Fasel und seine Armutspolitiker eine gesetzgeberische Grosslawine losstreuen, um noch mehr Familien noch mehr vom Staat abhängig zu machen, um den Bildungsbereich wie auch die Arbeitswelt umzukrempeln und den Sozialapparat nochmals massiv auszubauen. Die medial bis zum Überdross zelebrierte «Armut» soll nicht nur milde Gaben generieren, sondern «zu einem zentralen politischen Thema» werden. Die Skos begleitet den Caritas-Feldzug bereits mit einem Katalog von, sage und schreibe, 31 neuen teuren Forderungen an den Staat.

Immerhin: Wer bei der Caritas tätig ist, lebt jenseits jeder Armutsgrenze. Zwar lässt der Direktor bestreiten, dass er, wie hartnäckig kolportiert, 220 000 Franken oder gar mehr verdiene. Herr Fasel erhalte viel weniger und habe, so erklärt seine Abteilung Information auf Anfrage, mit dem Wechsel von der Gewerkschaft «Travail Suisse und der Politik zur Caritas eine bedeutende Lohneinbusse in Kauf genommen – was für ihn zu keinem Zeitpunkt ein Problem darstellte». Auch der Jahresbericht gibt nur ganz pauschale Zahlen preis. Danach liessen die sieben edelmütigen Mitglieder der Caritas-Geschäftsleitung sich 2008 mit 1,06 Millionen Franken entschädigen, was, vor Spesen, einem Durchschnittseinkommen von mehr als 151 000 Franken entspricht. Genaueres ist bei den plötzlich wortkargen Armutspromis nicht in Erfahrung zu bringen. Die Almosen argloser Menschenfreunde sichern schliesslich die behagliche Eigenexistenz an der Spitze der Sammel- und Politorganisation.